

BASis Info 05/2026

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

während die Welt von Krisen, Unsicherheit und dem Vormarsch autoritärer Kräfte geprägt ist, hat das vorletzte Wochenende Mut gemacht: in unserem Land durch konkrete Entlastungsschritte und in Europa durch das klare Wahlergebnis in Ungarn. Die Beschlüsse der Koalitionsparteien zum Energie-Sofortprogramm, zur Entlastungsprämie und zur dauerhaften steuerlichen Entlastung zeigen, dass sich die Menschen auf unsere Politik der Mitte und einen handlungsfähigen Staat verlassen können. Und der Sieg demokratischer Kräfte in Ungarn macht deutlich, dass sich auch der Kampf für Rechtsstaatlichkeit, Fairness und ein besseres Europa lohnt.

Ich gratuliere Péter Magyar zu seinem Erdrutschsieg bei den Wahlen in Ungarn. Die hohe Wahlbeteiligung und das Erreichen der Zweidrittelmehrheit für seine Partei sind ein klares Bekenntnis der Wählerinnen und Wähler gegen Korruption und Autoritarismus und zugleich eine empfindliche Niederlage für den weltweiten Rechtspopulismus. Ich hoffe, dass der Regierungswechsel nun zügig vonstattengeht und Ungarn auch auf europäischer Ebene den Weg zurück zu einer konstruktiven Zusammenarbeit findet - so, wie es die Wählerinnen und Wähler mit ihrem Ergebnis zum Ausdruck gebracht haben. Die Chancen dafür stehen gut. Unsere Hand für eine Zusammenarbeit im Sinne von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist ausgestreckt.

Am Freitag hat der Bundestag für schnelle und konkrete Entlastungen in der Energiekrise gestimmt. Im Mittelpunkt stehen die Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel um jeweils rund 17

Cent brutto pro Liter für zwei Monate und eine steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie von bis zu 1.000 Euro. Der Tankrabatt wird zum 1. Mai in Kraft treten. Das sind gute Maßnahmen, weil sie schnell wirken und unbürokratisch umzusetzen sind. Zugleich entlasten sie dort, wo die gestiegenen Preise der letzten Wochen am meisten wehtun.

Gleichzeitig muss uns die Zuspitzung der Lage in der Straße von Hormus weiterhin Sorgen machen. Sie gefährdet die internationale Sicherheit und hat spürbare Auswirkungen auf die globalen wirtschaftlichen Verflechtungen. Für viele Menschen weltweit bedeuten gestörte Lieferketten steigende Preise und wachsende Unsicherheit. Eine nachhaltige Entlastung wird es nur geben, wenn es gelingt, die militärische Eskalation zu beenden und durch Verhandlungen zu einem belastbaren politischen Ausgleich zu kommen. Freie Seewege sind die Voraussetzung für stabile Preise an unseren Tankstellen und in den Supermärkten.

Für mich und die SPD-Bundestagsfraktion ist dabei klar: Erst wenn die Waffen schweigen und ein robustes internationales Mandat vorliegt, kann über einen deutschen Sicherheitseinsatz entschieden werden. Als Parlamentsarmee braucht die Bundeswehr zwingend ein Mandat des Deutschen Bundestages. Wir werden sehr genau darauf achten, dass die völkerrechtlichen Grundlagen und eine realistische Perspektive für Stabilität gegeben sind.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Wichtige erste Entlastungen in der Krise

Als Regierungskoalition haben wir am vorletzten Wochenende Beschlüsse gefasst mit dem Ziel, die Menschen in der Energiekrise schnell und spürbar zu entlasten. Mit niedrigeren Spritpreisen, der Möglichkeit einer steuerfreien Entlastungsprämie und einer geplanten Einkommensteuerreform soll das Leben bezahlbarer werden. Zugleich gilt: Maßlose Krisenprofite dürfen nicht auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen.

Wir senken die Energiesteuer bei Diesel und Benzin um jeweils ca. 17 Cent brutto pro Liter, begrenzt auf zwei Monate. Das ist eine echte, spürbare Entlastung für alle, die jeden Tag zur Arbeit pendeln oder aus anderen Gründen auf das Auto angewiesen sind.

Wir werden diese Entlastung im Umfang von 1,6 Milliarden Euro mit kartellrechtlichen oder steuerrechtlichen Maßnahmen gegenfinanzieren. Das Prinzip muss klar sein: Maßlose Krisenprofite werden abgeschöpft – und an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgegeben. Wir verschärfen zudem das Kartellrecht weiter. Es muss ein scharfes Schwert gegen Abzocke sein!

Eine Entlastungsprämie kann kurzfristig helfen: Arbeitgeber können bis Ende Juni 2027 ihren Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie in Höhe von 1.000 Euro zahlen. Zur Gegenfinanzierung der steuerlichen Mindereinnahmen wird die Tabaksteuer schon im Jahr 2026 erhöht.

Die Reform der Einkommensteuer soll dauerhaft entlasten: Wir wollen noch in diesem Jahr eine Reform der Einkommensteuer beschließen – zur dauerhaften Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Sie soll zum 1. Januar 2027 in Kraft treten. Damit können wir das Leben wieder ein Stück bezahlbarer und unser Land ein Stück gerechter machen.

Außerdem soll die Reform der GKV dafür sorgen, dass die Beiträge nicht weiter steigen. Ende April wird die Bundesregierung strukturelle Reformen beschließen, um die Beiträge zu stabilisieren, einen schnelleren Zugang zu Terminen zu gewährleisten und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu verbessern.

Acht Millionen Euro für Duisburg

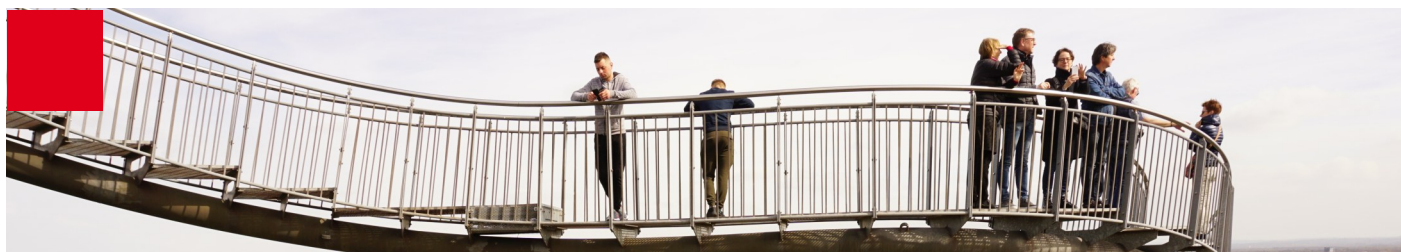


Der Bund fördert den Ersatzneubau der Sporthalle an der Krefelder Straße in Duisburg mit acht Millionen Euro.

Die bestehende Halle aus dem Jahr 1971 ist stark sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Ein Neubau ist deshalb der richtige Schritt.

Es entsteht eine moderne, barrierefreie Sporthalle mit Tribüne für rund 1.200 Zuschauerinnen und Zuschauer sowie zeitgemäßen Funktions- und Umkleieräumen. Davon profitieren Schulen, Vereine und der Sport in ganz Duisburg.

Mit dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ investieren wir gezielt in unsere Sportinfrastruktur vor Ort und stärken den Sport langfristig.



Vergaberecht: Schnellere Investitionen, faire Beschaffung

Mit dem Vergabebeschleunigungsgesetz beschleunigen wir öffentliche Investitionen und Beschaffung. Das Gesetz ist ein wichtiger Beitrag, damit öffentliche Mittel – und auch die 500 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen schnell verbaut werden können – für neue Kitas, Schulen und Brücken. Dazu werden formale Anforderungen reduziert, Entscheidungs- und Prüfungsfristen verkürzt sowie Spielräume für vereinfachte und freihändige Vergaben erweitert. Bund, Länder und Kommunen erhalten mehr Flexibilität bei der Umsetzung zeitkritischer Vorhaben.

Gleichzeitig stellt das Gesetz sicher, dass der Mittelstand durch den Erhalt bewährter Losvergabe-Prinzipien und einen fairen Zugang zu Verfahren weiterhin wirksam geschützt und am Wettbewerb beteiligt wird. Das Gesetz stärkt zugleich die digitale Abwicklung von Vergabeverfahren, ohne Transparenz, Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit aufzugeben.

Das Gesetz enthält neben der allgemeinen Verfahrensbeschleunigung drei ergänzende Regelungen: Auf Basis der Bundesratsstellungnahme werden Direktvergaben im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) erweitert und auf eine rechtssichere Grundlage gestellt. Tariftreue wird als verbindlicher Standard verankert – Auftragnehmer müssen

bei der Ausführung öffentlicher Aufträge die einschlägigen tarifvertraglichen Entlohnungsbedingungen einhalten. Darüber hinaus werden verpflichtende Anforderungen an die Klimafreundlichkeit der Beschaffung eingeführt, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes emissionsarm hergestellter Grundstoffe wie Stahl und Zement.

Darüber hinaus nutzen wir den großen Hebel der öffentlichen Hand, um grüne Leitmärkte für Stahl und Zement zu schaffen und damit Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern. In einem Entschließungsantrag fordern wir die Bundesregierung zudem auf, sich gegenüber der EU für den Schutz heimischer Wertschöpfung einzusetzen.

Denn: Die öffentliche Auftragsvergabe ist ein enormer Hebel für mehr Wachstum und Beschäftigung. Als SPD war uns deshalb besonders wichtig, dass der Staat vorangeht und die heimische Industrie unterstützt: In Zukunft wird die öffentliche Hand gezielt klimaneutralen Stahl und Zement nachfragen. Das sorgt für Planungssicherheit bei Unternehmen und sichert damit Arbeitsplätze in der Industrie. Die Bundesregierung muss sich zudem auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass öffentliches Geld heimischen Unternehmen und Beschäftigten zugutekommt.

Verbraucherkreditvergabe: Schutz vor der Schuldenspirale

Der Bundestag hat am 17. April für besseren Verbraucherschutz bei Kreditverträgen gesorgt. Verbraucherkreditverträge müssen an die Vorgaben für Immobiliendarlehen angepasst werden. Dadurch werden Menschen davor geschützt, in eine Schuldenspirale zu geraten.

Wer heute einkauft, darf morgen nicht in der Schuldenfalle landen. Deshalb sorgen wir dafür, dass neue Bezahlmodelle wie „Buy now, pay later“ nicht auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen. Gerade viele kleine Kredite kön-

nen zusammen schnell zur großen Belastung werden. Darum setzen wir durch, dass Anbieter genauer hinschauen müssen und Überschuldung besser verhindert wird.

Zugleich machen wir legale und sichere Kreditvergabe einfacher, bauen unnötige Bürokratie ab und sichern bewährte Möglichkeiten wie den Kauf auf Rechnung. So stärken wir fairen Verbraucherschutz: modern, alltagstauglich und mit klaren Regeln, damit wirtschaftliche Freiheit nicht zur finanziellen Falle wird.



Mein Tagebuch

Über die vergangenen sechs Wochen hat mich Jan-Niklas Spiekers als Praktikant in meinem Berliner Abgeordnetenbüro unterstützt. In dieser Zeit konnte er vielfältige Einblicke in die Arbeit im Deutschen Bundestag, Plenar- und Ausschusssitzungen sowie Abläufe im Bundesministerium für Arbeit und Soziales gewinnen.

Im Rahmen des SPD-Praktikantenprogramms hatte er außerdem die Gelegenheit, den Berliner Politikbetrieb näher kennenzulernen und unterschiedliche Bundesministerien sowie das Bundeskanzleramt zu besuchen.

Herzlichen Dank für Deine Unterstützung, Jan-Niklas, und alles Gute für Deinen weiteren Weg!

Deshalb ist es wichtig, dass junge Frauen früh erleben: Politik ist auch Frauensache!



Am Girls' Day öffnen Unternehmen, Betriebe und Hochschulen ihre Türen für Schülerinnen – und geben Einblicke in Berufe, in denen Frauen noch immer zu selten vertreten sind.

Auch in der Politik gibt es hier Nachholbedarf: Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt aktuell bei nur 32 Prozent. Das ist entschieden zu wenig.

Ich habe mich sehr gefreut, der Duisburgerin Betül Demirhan einen Einblick in die Arbeit des Bundestages zu ermöglichen. Im Rahmen des Programms der SPD-Bundestagsfraktion konnte sie gemeinsam mit rund 60 jungen Frauen in einem Planspiel über einen Gesetzentwurf zur Absenkung des Wahlalters diskutieren und eine echte Plenarsitzung miterleben.

Bis zum nächsten Mal –
ich freue mich drauf!

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Neues zum Schluss